

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 4/2016

Glück auf!

Metallindustrie

Wir fordern +3%

Alle Infos zur Herbstlohnrunde 2016



DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE
Glück auf!

PRO-GE

Inhalt:



HERBSTLOHNRUNDE

Die Herbstlohnrunde wird heuer extra heiß. Unsere Verhandlungsteams haben Ende September bereits die Forderungen für Metallindustrie und Metallgewerbe übergeben. Mit einer Premiere in der Industrie – gleich zu Beginn machten wir unsere Lohnforderung konkret: Wir fordern drei Prozent mehr! *Seiten 4–9*

STAHLINITIATIVE

10.000 Unterschriften waren das Ziel, über 23.000 haben bereits für den Schutz unserer Stahlindustrie vor Billigstahl aus China unterschrieben. Mehr zur erfolgreichen Kampagne auf den *Seiten 12 und 13*

EQUAL PAY DAY

Der Tag, an dem Frauen statistisch gesehen bis Jahresende gratis arbeiten, fällt heuer auf den 11. Oktober. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind nach wie vor riesig. Deshalb fordern wir, dass Karenzzeiten auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche voll angerechnet werden. *Seite 18*

CETA STOPPEN!

Mitte September gab es in Österreich und Deutschland große Demonstrationen gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Wir waren mit der Kamera dabei. *Seiten 15 bis 17*

Eigenberechnung des Monats

Der Fachverband der Maschinen- und Metallwarenindustrie hat pünktlich vor dem Start der Lohnverhandlungen zu einer Pressekonferenz geladen, in der gejamert wurde, was das Zeug hält. Auftragslage – schlecht. Stimmung – schlecht. Produktivitätssteigerung – ganz schlecht. Und weil die Zahlen von Statistik Austria und WIFO zu gut sind (das WIFO berechnet für 2016 etwa einen Produktivitätszuwachs in der Warenerzeugung von 2,1 Prozent), hat man halt Eigenberechnungen angestellt. Nächstes Mal berechnen wir die Fakten auch einfach selbst.

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chefin vom Dienst: Barbara Trautendorfer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Sabine Weinberger, Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Erich Müllegger, Fotolia. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 7. September 2016.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Faktum: Produktivität in MMI tendenziell negativ

	WIFO Gesamtwirtschaftlich Stundenprodukt	Eigenberechnung Stundenprodukt in der MMI	Stat. Austria Produktions-Industrie Stundenprodukt
2009	-0,1%	-	1,35%
2009	-2,9%	-9,36%	-6,60%
2010	1,5%	-3,71%	6,40%
2011	0,5%	7,48%	3,98%
2012	1,1%	-3,28%	-0,94%
2013	0,8%	-2,06%	0,97%
2014	-0,1%	-3,28%	1,73%
2015	0,5%	0,15%	1,89%
2016	0,8%	-	2,10%

Quellen: WIFO, Konj. statistik nach Klemenssystematik, Statistik Austria
*) Prognose bzw. Daten 08/2016

KURZ NOTIERT



Sag uns deine Meinung zu www.proge.at

2017 wird die Internetseite der PRO-GE neu gestaltet. Deshalb möchten wir von allen Interessierten wissen, wie ihnen die Seite gefällt. Auf unserer

Seite www.proge.at findest du einen Fragebogen zum Online-Ausfüllen. Wir freuen uns, wenn auch du mit hilfst, unser Angebot besser zu machen!

Frauen werden in der Arbeitswelt diskriminiert

Einkommensnachteile, schlechte Karrierechancen, sexuelle Belästigung: Viele Frauen sind in der Arbeit Benachteiligungen ausgesetzt. Auch Kinder und Haushalt sind selbst im 21. Jahrhundert noch fast immer ausschließlich Frauensache. All das belegt eine aktuelle Studie der AK Oberösterreich.

Mehr unter ooe.arbeiterkammer.at/arbeitsklima



Kanadische Gewerkschaften gegen CETA

Nicht nur in Österreich gibt es breiten Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der Europäischen Union. Auch die kanadischen Gewerkschaften sprechen sich dagegen aus. In einer gemeinsamen Erklärung fordern sie ihre Bundesregierung auf, das Abkommen nicht zu unterzeichnen. Mehr zu den Demonstrationen gegen CETA und TTIP in Österreich auf den Seiten 15–17.

Reform der Gewerbeordnung

Anlässlich des Starts der KV-Verhandlungen im Metallgewerbe am 21. September für rund 200.000 Beschäftigte haben die Sozialpartner eine gemeinsame Positionierung für die geplante Reform der Gewerbeordnung beschlossen. PRO-GE und die Bundessparte Gewerbe und Handwerk fordern, dass die Reform auf keinen Fall die Lehrausbildung, Wettbewerbsbedingungen oder die Qualität für die KonsumentInnen verschlechtern darf.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

WIR FORDERN DREI PROZENT MEHR LOHN!

Die Metallindustrie ist gut unterwegs. Produktivität und Gewinne sind gestiegen. Jetzt sind die 180.000 Beschäftigten an der Reihe: Wir wollen ein kräftiges Plus bei den Reallöhnen.

Die Herbstlohnrunde ist bereits voll im Gange. Noch bevor es in den großen Bereichen Metallgewerbe und Metallindustrie wirklich zur Sache geht, verhandeln wir etwa in der Brauindustrie oder im Bäckereibereich. Oft unbemerkt von den Medien schließen wir in vielen kleineren, aber genauso wichtigen Bereichen erfolgreich neue Kollektivverträge ab.

Die Metallindustrie wird aber auch heuer im Fokus der Öffentlichkeit sein. Wie jedes Jahr haben wir uns gemeinsam mit vielen BetriebsrätInnen auf die Verhandlungsrunden vorbereitet. Das Gesamtbild ergibt ein sehr solides Wirtschaftswachstum, sehr gute Produktivitätssteigerungen in der Sachgütererzeugung und hohe Gewinnausschüttungen an die Eigentümer. Es gibt keinen Grund für Zurückhaltung. Im Gegenteil: Die Eigentümer haben ihre Gewinne bereits abgeschöpft.

Jetzt sind die ArbeitnehmerInnen an der Reihe. Sie haben diesen Erfolg hart erarbeitet. Wir fordern drei Prozent mehr Lohn und wir fordern, dass vor allem die niedrigen Lohngruppen besonders stark angehoben werden. Es muss unterm Strich ein starkes Plus bei den Reallöhnen herauskommen. Dafür werden wir gemeinsam mit ganzer Kraft kämpfen.

Glück auf!



Herbstlohnrunde

WIR WOLLEN MEHR!

Die Herbstlohnrunde wird heuer extra heiß. Für die beiden großen Bereiche Metallindustrie und Metallgewerbe haben unsere Verhandlungsteams Ende September die Forderungen an die Arbeitgeber übergeben. Mit einer Premiere in der Industrie – gleich zu Beginn machten wir unsere Lohnforderung konkret: drei Prozent mehr für die rund 180.000 Beschäftigten.

Drei Prozent mehr Lohn lautet unsere Forderung für die Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie. Das hat das Verhandlungsteam gleich bei der Forderungsübergabe am 26. September klargestellt. Vor allem liegt der Fokus dabei auf den niedrigen und mittleren Löhnen. Dort soll das Plus mithilfe eines Fixbetrages deutlich ausfallen. Die nächsten intensiven Verhandlungen finden ab 10. Oktober statt. Wir haben die wichtigsten Fragen und Argumente zur Herbstlohnrunde zusammengefasst.

Warum drei Prozent mehr? Erstens ist die wirtschaftliche Situation sehr solide. Die Prognosen für Produktion und Produktivität sagen ein deutliches Plus voraus. In der Herstellung von Waren rechnen die WirtschaftsforscherInnen des WIFO (Stand Juni) für 2016 mit einem Produktionszuwachs von 2,2 Prozent. Die Stundenproduktivität in der Herstellung von Waren wird sich ebenfalls um 2,1 Prozent erhöhen. Die für die Verhandlungen relevante Inflationsrate beträgt 0,7 Prozent. Der Trend in der Industrie zeigt also stetig nach oben. Zweitens sagen unsere Analysen, dass die Gewinne der Unternehmen gestie-

gen sind. Mehr als zwei Drittel der erwirtschafteten Gewinne werden aus den Unternehmen abgezogen und an Eigentümer und Muttergesellschaften ausgeschüttet.

Wird immer eine konkrete Forderung öffentlich gemacht?

Die Lohnrunden in der Metallindustrie sind durch die von den Arbeitgebern erzwungene Aufspaltung – fünf Fachverbände und ein Berufszweig verhandeln getrennt – sehr komplex. Trotzdem haben sie eine Signalwirkung. Keine andere Lohnrunde wird von den Medien so genau beobachtet und analysiert. In den Jahren davor wurde entweder keine konkrete Forderung veröffentlicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt während der Verhandlungen. Dieses Jahr hat sich das Verhandlungsteam entschieden, gleich vor der ersten Runde einen konkreten Prozentsatz zu nennen.

Gibt es im Metallgewerbe auch eine Prozent-Forderung?

Nein. Das Metallgewerbe mit rund 200.000 Beschäftigten verhandelt eigenständig und hat andere Voraussetzungen und Brancheneigenheiten. Mehrere Bundesinnungen aus Handwerk und Gewerbe – wie Kfz-Mechaniker oder Installateure – verhandeln gemeinsam mit der PRO-GE über höhere Löhne. Trotzdem gibt es einige Forderungen, die ähnlich wie in der Me-

AUSSCHÜTTUNGSQUOTE IN DER METALLINDUSTRIE

Ausschüttungen sind Zahlungen an die Eigentümer und Muttergesellschaften.

2014	66,4 Prozent
2015	68,8 Prozent

tallindustrie sind, etwa die vollständige Übernahme der entstehenden Fahrtkosten zum Internat (Lehrlinge) oder die vollständige Anrechnung von Karenzen für alle dienstzeitabhängigen Ansprüche.

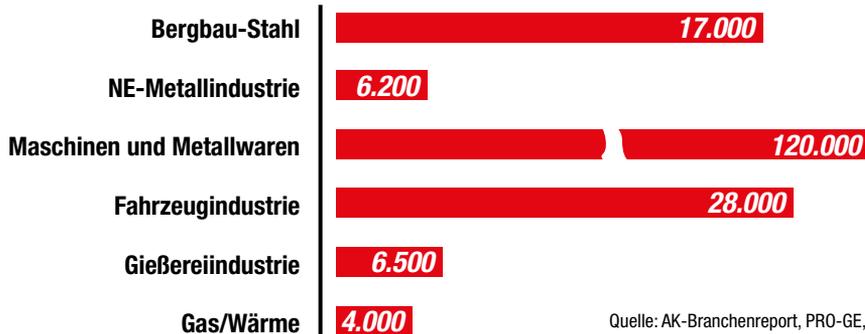
Wie schaut der Fahrplan für die Verhandlungen aus?

Der erste Verhandlungstermin für das Metallgewerbe findet am 12. Oktober in Wien statt. Bereits ab 10. Oktober gehen die Verhandlungen in der Metallindustrie so richtig los. Die zweite Verhandlungsrunde mit dem Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie wird voraussichtlich intensiv. Die dritte Runde ist für den 24. Oktober geplant. Jeweils die zweiten Verhandlungsrunden sind geplant für die Gießereiindustrie (21. Oktober), für Bergbau/Stahlindustrie (25. Oktober) und für die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (7. November). Die Fahrzeugindustrie startet mit der ersten Runde am 17. Oktober, die Nichteisen-Metallindustrie am 21. Oktober.

Welche anderen Branchen verhandeln?

Im Herbst beginnt das „KV-Verhandlungsjahr“. Die „Metaller“ machen den offiziellen Auftakt, bevor der Handel oder die Beamten ihre Verhandlungen beginnen. Einige Branchen im Bereich der PRO-GE verhandeln bereits vor der Metallrunde: zum Beispiel die Zuckerindustrie, Brauer oder Bäcker. Nach und nach kommen bis Ende des Jahres weitere dazu, wie etwa Arbeitskräfteüberlassung und viele Sektoren aus dem Agrar- oder Lebensmittelbereich. Den Abschluss vor der industriellen Frühjahrslohnrunde mit der chemischen Industrie oder der Papier-, Textil- und Elektroindustrie machen Mineralöl und Energieversorger im Jänner und Februar.

BESCHÄFTIGTE IN DER METALLINDUSTRIE NACH FACHVERBÄNDEN



Quelle: AK-Branchenreport, PRO-GE, Beschäftigtenzahlen gerundet

DEUTLICHES PLUS FÜR NIEDRIGE LOHNGRUPPEN



AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. August:

Gewerbliche Mischfuttererzeugung: KV-Löhne durchschnittlich +1,25 Prozent, neuer Mindestlohn 1.421,44 Euro; Lehrlingsentschädigungen durchschnittlich +3,25 Prozent; Internatskostenvergütung von 40 auf 50 Prozent angehoben.

Ab 1. September:

Futtermittelindustrie: KV-Löhne +1,27 Prozent, neuer Mindestlohn 1.452,00 Euro; überproportionale Erhöhung in allen Dienstalterszulagen (durchschnittlicher Gesamtabschluss +1,34 Prozent); Überzahlungen bleiben in ihrem euromäßigen Ausmaß aufrecht.

Zuckerindustrie: KV-Löhne +1,28 Prozent, neuer Mindestlohn 1.598,85 Euro; Ist-Löhne +1,28 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +1,28 Prozent, Treueprämienstufen und Zulage 3 +1,28 Prozent, überdurchschnittliche Erhöhung der Dienstalterszulagen um 3 Cent/Stunde; Sätze der Kampagnenangestellten +1,28 Prozent; erstmalige Regelung der Karenzzeitenanrechnung für ArbeiterInnen, volle Vergütung der Fahrtkosten für Lehrlinge in die Berufsschule, Überarbeitung der Lohnkategorien im Lohnvertrag 2017.

Ab 1. Oktober:

Bäckergewerbe: KV-Löhne +1,27 Prozent, neuer Mindestlohn 1.322,62 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,27 Prozent, Zulagen laut Lohnvertrag +1,27 Prozent.

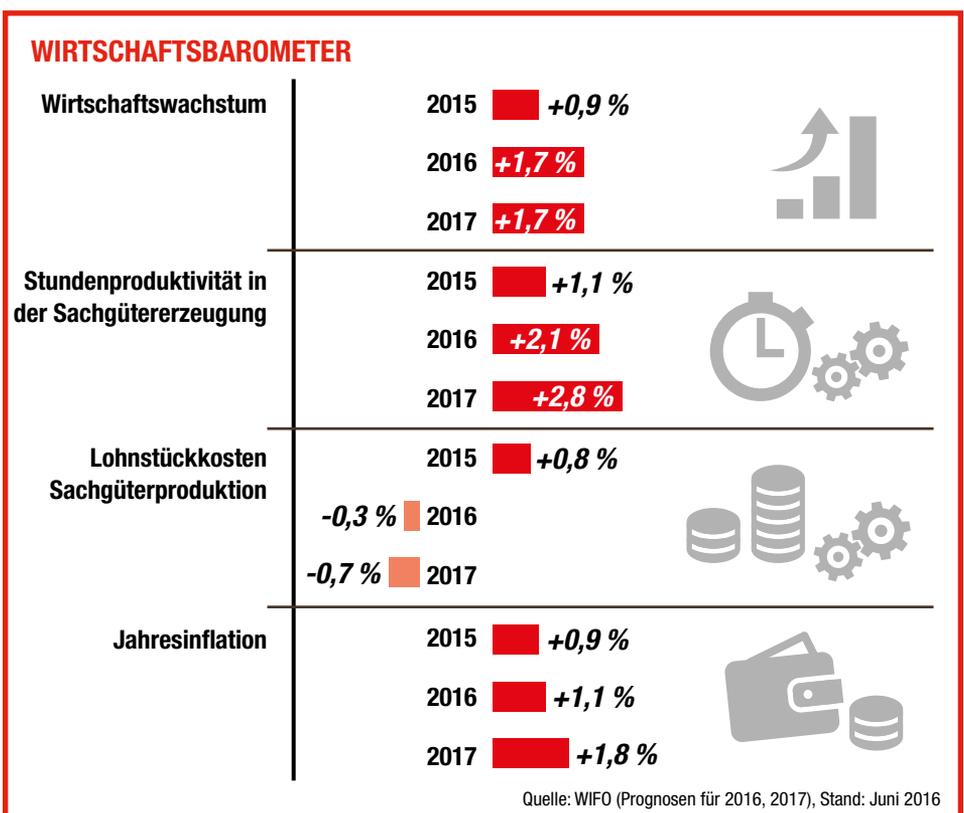
ALLE KV-ABSCHLÜSSE DER PRO-GE: WWW.LOHNRUNDEN.AT

Welche Forderungen gibt es neben der Lohnerhöhung? Neben den Entgelt-Forderungen (inkl. Erhöhung der Zulagen, Aufwandsentschädigungen, Lehrlingsentschädigungen) gibt es in der Industrie eine ganze Reihe von Forderungen. Wie im Metallgewerbe sind das etwa die vollständige Übernahme der Fahrtkosten für Lehrlinge zum Berufsschulinternat (diese können im Monat mehrere 100 Euro ausmachen!) oder die vollständige Anrechnung von Karenzen für alle dienstzeitabhängigen Ansprüche wie Urlaubsanspruch oder Jubiläumsgelder. Zudem steht wieder die Ermöglichung der Freizeitoption auf dem Forderungskatalog. Beschäftigte können sich statt für mehr Geld für mehr Freizeit entscheiden.

Wird es wieder Streit um die Arbeitszeit geben? Arbeitszeit ist zwar immer ein Thema bei KV-Runden, aber zumindest eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit sollte kein Schwerpunkt sein. Zumal seit dem Sommer ein neues zusätzliches Zeitkontenmodell im Kollektivvertrag verankert wurde. Dies sieht eine zweijährige Evaluierungsphase vor, mit konkreten Vorteilen für ArbeitnehmerInnen, wie zum Beispiel gesicherte Zuschläge, ein Rechtsanspruch auf Altersteilzeit und die Möglichkeit, „Minusstunden zu fahren“, um in Krisenzeiten den Arbeitsplatz zu behalten. Mit der Freizeitoption steht aber eine Art „individuelle Arbeitszeitverkürzung“ auf der Forderungsliste der PRO-GE.

Was sagen die Arbeitgeber? Die Arbeitgeberseite hat sich im Vorfeld auf „moderate Lohnerhöhungen“ festgelegt. Sie sehen, wie immer vor Lohnverhandlungen, die schwarzen Wolken am Konjunkturhimmel aufziehen. Aber PRO-GE Chef Rainer Wimmer stellt klar: „Auch wenn sich die Arbeitgeberseite wieder einmal in Pessimismus übt: Die Wirtschaftsdaten ergeben einen soliden Aufwärtstrend, die Konjunktur hat wieder Fahrt aufgenommen, die Produktivität ist gestiegen. Das sind ausgezeichnete Voraussetzungen für eine ordentliche Realloohnerhöhung.“

Wie lief es im Vorjahr? 2015 waren insgesamt 16 Runden nötig, um die Verhandlungen für einen einheitlichen Metaller-Kollektivvertrag mit allen Fachverbänden abzuschließen. Für den Abschluss mit dem Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie war sogar ein 24-stündiger Verhandlungsmarathon notwendig. Die Ist-Löhne und Mindestlöhne stiegen ab 1. November 2015 um 1,5 Prozent. Die Lehrlingsentschädigungen, die Aufwandsentschädigung und Zulagen wurden ebenso um 1,5 Prozent angehoben. Der 31. Dezember ist seither unter Fortzahlung des Entgelts zur Gänze arbeitsfrei.



Im Fokus

Mehr Zeit statt Geld

Die Freizeitoption gibt es in einigen Industriebereichen. Jetzt steht sie wieder am Forderungsprogramm in der Metallindustrie. Trends und Fakten zur Freizeitoption.

Neben der EEI wurde diese Option unter anderem 2015 auch in der Papierindustrie und in der gesamten Metallindustrie vereinbart. Sie stellt eine Möglichkeit der individuellen Arbeitszeitverkürzung dar. „Die Freizeitoption ist eine innovative Möglichkeit der Arbeitszeitgestaltung. ArbeitnehmerInnen können, ohne ihre Normalarbeitszeit zu verändern, die Jahresarbeitszeit verkürzen. Das macht das Modell für mehr zusätzliche Freizeit so erfolgreich“, sagt PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer.

Eine Woche mehr Freizeit. Voraussetzung für die Anwendung ist der Abschluss einer freiwilligen Betriebsvereinbarung zwischen Unternehmen und Betriebsrat. Gibt es eine solche, haben Beschäftigte die Möglichkeit, durch Einzelvereinbarung mit dem Unternehmen in den Genuss der Option zu kommen. Die Höhe der zusätzlichen Freizeit ist an die Ist-Erhöhung gekoppelt. Als Richtwert gilt: Zwei Prozent Lohnerhöhung entsprechen etwa einer Woche mehr Freizeit im Jahr. Keine Möglichkeit der Vereinbarung einer Freizeitoption besteht für MindestlohnbezieherInnen, weil deren Lohn bzw. deren Gehalt nach der Wandlung unter dem Mindestlohn liegen würde.

Einmal vereinbart, bekommen die Beschäftigten dann jeden Monat die zusätzliche Freizeit. Den ArbeitnehmerInnen stehen verschiedene Wahlmöglichkeiten für den Verbrauch zur Verfügung: für die Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit, für die Verlängerung des Urlaubs

oder aber auch als Ansparmodell für längere Freizeitphasen.

Interesse größer als Anwendung. Die Anwendung der Freizeitoption ist aufgrund der Wahlfreiheit (noch) kein Massenphänomen. Befragungen zeigen, dass mehr ArbeitnehmerInnen die Freizeitoption in Anspruch nehmen wollen, als von den Unternehmen zugelassen wird. So haben zum Beispiel in der Metallindustrie zuletzt rund 1.400 ArbeiterInnen eine Freizeitoption beantragt, 1.300 bekamen auch das Okay vom Unternehmen.

Trends

- In Betrieben, in denen die Vereinbarung zum ersten Mal getroffen wurde, stellten 15 bis 20 Prozent der Beschäftigten einen Antrag auf Freizeitoption.
- In Betrieben im ersten Jahr der Vereinbarung können die Freizeitoption ca. zehn Prozent der ArbeitnehmerInnen in Anspruch nehmen.
- Befragungen zeigen, dass die Freizeitoption nicht ausschließlich in höheren Gehaltssegmenten nachgefragt wird.
- In Bezug auf die Altersstruktur der Beschäftigten macht die Gruppe der 31- bis 40-Jährigen mit 31 Prozent den größten Anteil aus. Die über 51-Jährigen machen dagegen lediglich 25 Prozent aus.

Vorreiter bei der Freizeitoption war die Elektro-Elektro-Industrie (EEI). PRO-GE und GPA-djp konnten diese erstmals 2013 im Kollektivvertragsabschluss verankern. 2015 wurde die Option grundsätzlich auf zehn Jahre ausgedehnt. Wobei Beschäftigte die Möglichkeit haben, diese insgesamt bis zu viermal in Anspruch zu nehmen.

Quelle: Befragung EEI 2014/2015



Der Spatenstich erfolgte am 15. September. Am Bild v. l.: Robert Wuggenig von PORR und Norbert Guggenberger von Swietelsky, stv. PRO-GE Vorsitzender Alfred Artmäuer, AK-Präsident Günther Goach, PRO-GE Bundesvorsitzender Rainer Wimmer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig-Kandut, Bürgermeisterin Hilde Gaggl, Architekt Max Krainer und Alfred Kramer von Swietelsky.

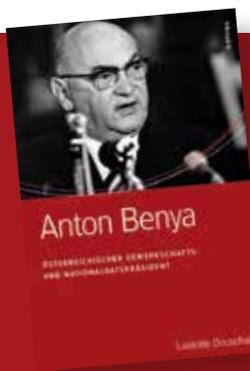
Urlaubshaus

Spatenstich in Krumpendorf

Das Urlaubs- und Seminarhaus der Gewerkschaft PRO-GE in Krumpendorf in Kärnten wird generalsaniert. Die grundlegende Modernisierung dauert bis Mai 2017, moderne Seminarräume und ein attraktives Urlaubshotel sind geplant.

Als letztes der drei Urlaubshäuser der PRO-GE wird nun auch jenes in Krumpendorf um- und neu gebaut. Ziel ist, ein attraktives Urlaubshotel für Gewerkschaftsmitglieder und einen modernen Weiterbildungsstandort für BetriebsrätInnen und JugendvertrauensrätInnen zu schaffen.

Günstiger Erholungsurlaub seit 1960. Bereits 1960 wurde die Liegenschaft am Wörthersee von der Gewerkschaft angekauft und 1961 das Urlaubsheim eröffnet. Vor allem kinderreiche Arbeiter-Familien wurden so unterstützt, damit sie sich einen Erholungsurlaub leisten konnten. Nach verschiedenen Aus- und Umbauten in den 1960er und 1990er-Jahren wurde zuletzt 2011 der Wellnessbereich renoviert. Nun wird eine Generalsanierung vorgenommen und die Appartements werden neu gebaut. Sie sollen später sowohl von SeminarteilnehmerInnen sowie als Ferienwohnungen für Familien genutzt werden.



LISELOTTE DOUSCHAN: ANTON BENYA Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident

Anton Benya (1912–2001) gilt als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Zweiten Republik in Österreich. Von 1963 bis 1987 war er ÖGB-Präsident, durch sein Verhandlungsgeschick hatte er entscheidenden Anteil am Zustandekommen der Sozialpartnerschaft. Auch auf die Regierungspolitik Bruno Kreiskys übte er einen wesentlichen Einfluss aus. Als der am längsten dienende Erste Nationalratspräsident Österreichs von 1971 bis 1986 war er eine der Symbolfiguren der österreichischen Sozialdemokratie. Die umfangreiche Biografie basiert auf bisher unveröffentlichten Quellen aus Benyas Privatbesitz.

Erhältlich im ÖGB-Verlag: Gebundene Ausgabe, 323 Seiten, Böhlau Wien, ISBN 978-3-205-78748-8, € 29,90

Wir verlosen ein Exemplar! Schicke bis 7. November ein E-Mail mit dem Betreff „Anton Benya“ an glueckauf@proge.at

BUCHTIPP UND VERLOSUNG

Interview

„Darum eine Wertschöpfungsabgabe“



Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE

Die Wertschöpfungsabgabe wird von Unternehmervertretern vehement abgelehnt. Bundesvorsitzender Rainer Wimmer kritisiert im „Glück auf!“-Interview diese Verweigerungshaltung und fordert stattdessen eine rasche Umsetzung.

Was ist das Ziel einer Wertschöpfungsabgabe?

Die Finanzierung unseres Sozialsystems stützt sich im Wesentlichen auf Löhne und Gehälter, nicht aber auf andere Komponenten der Wertschöpfung. Diese ungleiche Verteilung der Finanzierung gewinnt durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte an Dringlichkeit und Brisanz: Der Anteil der Arbeitseinkommen geht zurück, der Anteil der Kapitaleinkommen steigt. Durch die zunehmende Digitalisierung – Stichwort Industrie 4.0 – wird diese Entwicklung verstärkt. Daher ist es ein Gebot der Stunde, die Finanzierungsbasis unseres Sozialstaats zu verbreitern.

Wie könnte so eine Wertschöpfungsabgabe aussehen?

Der Vorschlag von Bundeskanzler Christian Kern ist gut. Wenn der FLAF-Beitrag (Anm. Familienlastenausgleichsfonds) von 4,5 Prozent auf 3 Prozent

abgesenkt wird, bedeutet das eine Entlastung des Faktors Arbeit um mehr als zwei Milliarden Euro.

Die Industrie lehnt die Wertschöpfungsabgabe aber vehement ab. Sie befürchten Wettbewerbsnachteile. Stimmt das?

Bereits 1842, als in Österreich die Kinderarbeit verboten wurde, haben Gewerbetreibende vor Wettbewerbsnachteilen gewarnt. Wenn wir nur nach dem gehen, was einige Vertreter der Indus-

„Arbeit entlasten, das Kapital einbeziehen.“

trie als Wettbewerbsnachteil empfinden, können wir den Sozialstaat gleich zusperren. Es geht uns auch nicht um höhere Steuern oder Einnahmen, sondern um eine gleichmäßige und gerechte Verteilung: den Faktor Arbeit entlasten und

den Faktor Kapital endlich in die Finanzierung einbeziehen. Dadurch kommt es auch zu mehr Beitragsgerechtigkeit zwischen personalintensiven und kapitalintensiven Branchen. Den vorliegenden Berechnungen zufolge werden durch den Vorschlag von Bundeskanzler Kern gerade jene Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen, wie die Metallerzeugung und der Maschinenbau, entlastet. Das Gleiche gilt für das Bauwesen, den Handel und die Gastronomie.

Wann soll die Wertschöpfungsabgabe kommen und gäbe es Alternativen?

Je eher eine Umsetzung kommt, desto besser. Denn die Alternativen sind nicht wünschenswert. Man müsste entweder künftig den Faktor Arbeit noch stärker belasten oder den Sozialstaat zusammenkürzen. Wer eine Wertschöpfungsabgabe ablehnt, muss also dazusagen, welche der beiden schlechten Varianten er bevorzugt.

Parlamentarische Bürgerinitiative

23.000 Unterschriften für den Schutz unserer Stahlindustrie

Die von der PRO-GE ins Leben gerufene Bürgerinitiative zum Schutz der Europäischen Stahlindustrie vor chinesischen Billigimporten hat die erste Hürde mit Leichtigkeit übersprungen. Doch das war erst der Startschuss.

Rund 170 Millionen Tonnen Stahl werden in Europa jährlich produziert. 330.000 Menschen finden an den ca. 500 Standorten in 24 europäischen Ländern direkt Beschäftigung, rund 15.000 davon an den 22 Standorten in Österreich. Indirekt hängen freilich noch deutlich mehr Arbeitsplätze an der Stahlindustrie. Als Folge der Wirtschaftskrise 2008 gingen bereits rund 90.000 Arbeitsplätze in

der Stahlindustrie verloren, jetzt drohen noch massivere Verluste durch billigen Stahl aus China.

Die Volksrepublik hat in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs gewaltige Produktionskapazitäten aufgebaut, das Land erzeugt mehr Stahl als der Rest der Welt zusammen. Doch mittlerweile schwächt die chinesische Wirtschaft seit geraumer Zeit und damit auch der Absatz von Stahlprodukten im Land selbst. Um die dadurch entstandene Überproduktion loszuwerden, wirft China seither Unmengen Stahl zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt.

Unfairer Wettbewerb. Europäischer Stahl wird von gut bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klima- und energieeffizient hergestellt. Chinesischer Stahl wird unter deutlich schlechteren Arbeits- und

Umweltstandards produziert und ist außerdem staatlich subventioniert. Die Europäische Union setzt sich mit Antidumpingmaßnahmen, in erster Linie Einfuhrzöllen, zur Wehr.

Allerdings dauern die Verfahren lange und die Zollaufschläge sind deutlich zu niedrig, auch wenn sie zuletzt von 14 bis 16 Prozent auf 18,4 bis 22,5 Prozent angehoben wurden. Die USA gehen wesentlich rigorosier vor – mit bis zu 265 Prozent Zollaufschlag – und mit mehr Erfolg: Während der chinesische Stahlexport nach Europa 2015 um 50 Prozent zugenommen hat, ging der Export in die USA um ein Viertel zurück.

11. Dezember – Tag der Entscheidung. Selbst diesen Schutzzöllen droht aber das Ende. Am 11. Dezember 2001 trat China der Welthandelsorganisation WTO



bei. Da China keine Marktwirtschaft ist, wurden für eine 15-jährige Übergangsfrist Sonderregelungen vereinbart, die Antidumpingmaßnahmen gegen die Volksrepublik weiter zuließen. In Peking wird davon ausgegangen, dass mit Ablauf dieser Vereinbarungen auch eine Anerkennung als Marktwirtschaft einhergeht. Damit wäre der Spielraum für Schutzzölle und andere Maßnahmen nach WTO-Regeln deutlich eingeschränkt, nicht nur in der Stahl-, sondern der gesamten Grundstoffindustrie (z. B. Kunststoff, Aluminium, Papier). In Europa wird dagegegehalten, dass China nach wie vor wesentliche Kriterien einer Marktwirtschaft nicht erfüllt und eine Einstufung als solche daher nicht gerechtfertigt ist.

Gemeinsam mit der GPA-djp hat die PRO-GE daher die parlamentarische Bürgerinitiative ins Leben gerufen mit der Aufforderung an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für höhere Antidumping-Zölle und kürzere Verfahren und gegen den Marktwirtschaftsstatus für China einzusetzen. Die

Gewerkschaften stehen mit ihren Forderungen nicht allein da. Zuletzt hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) mit zwei Stellungnahmen an die EU-Kommission eindeutig Position bezogen.

Darin fordert der EWSA die Mitgliedstaaten auf, die seit über zwei Jahren dem EU-Rat vorliegende Modernisierung der handelsrechtlichen Schutzinstrumente endlich zu verabschieden und für Schutzzölle zu sorgen, die ihren Namen auch verdienen. In der zweiten Stellungnahme warnt der EWSA davor, dass Hunderttausende Arbeitsplätze in Europa in Gefahr wären, sollte China den Marktwirtschaftsstatus erhalten.

Stärke der Stahlindustrie den Rücken!

Doch nicht alle in Europa stehen hinter der Stahlindustrie. Den metallverarbeitenden Unternehmen kommt der Preisverfall für Stahl zumindest kurzfristig nicht ungelegen. „Derzeit stehen das Europäische Parlament und der EWSA einer in dieser Frage uneinigen Kommission und einem ebenso uneinigen Europäischen Rat ge-

genüber“, fasst PRO-GE Sekretär Gerald Kreuzer, als Gewerkschaftsvertreter im EWSA maßgeblich an der Stellungnahme zum Marktwirtschaftsstatus beteiligt, die Situation zusammen.

Obwohl das „kleine“ Österreich den beachtlichen 20. Rang unter den stahlerzeugenden Ländern weltweit einnimmt, gehören „wir“ auf EU-Ebene bezüglich schärferer Antidumping-Maßnahmen eher zu den „Bremsern“. Genau das soll sich mit der parlamentarischen Bürgerinitiative nun ändern. Mit über 23.000 Unterschriften hat die Petition die formale Hürde von 500 für die Behandlung im Nationalrat mit Leichtigkeit geschafft. Ab Mitte Oktober kann die Initiative über die Parlaments-Website weiter unterstützt werden. Denn es geht nicht um die Erfüllung von Formalitäten, stellt PRO-GE Bundesvorsitzender Rainer Wimmer klar. „Ziel ist eine so große Anzahl von Unterstützungserklärungen, dass davon ein eindeutiger Handlungsauftrag an den Nationalrat und in der Folge an Bundesregierung und insbesondere den Wirtschaftsminister ausgeht.“



DIE EUROPÄISCHE STAHLINDUSTRIE BRAUCHT DEINE UNTERSTÜTZUNG!

Ab Mitte Oktober kann die parlamentarische Bürgerinitiative auf www.parlament.gv.at unterzeichnet werden. Alle relevanten Informationen für deine Unterstützungserklärung findest du auf www.proge.at



Rechte in der Lehre

Check your Job – läuft alles richtig?

In einem Lehrverhältnis unterscheiden sich manche Dinge von einem normalen Arbeitsverhältnis, andere Dinge sind gleich. Wir haben zehn Fragen zusammengestellt, mit denen du überprüfen kannst, ob bei deinem Ausbildungsverhältnis alles richtig läuft.

1. Bekommst du einen Lohnzettel?

Dein Lehrberechtigter/deine Lehrberechtigte ist verpflichtet, dir jeden Monat einen Lohnzettel zu geben. Ein Lohnzettel zeigt dir, wie hoch deine Lehrlingsentschädigung ist und was sonst noch dazukommt (z. B. Überstunden) oder abgezogen wird (z. B. Sozialversicherung). Im Kollektivvertrag deines Berufsfeldes steht, wie viel Lohn dir zusteht.

2. Bist du zum Wurstsemmelholen eingeteilt?

Im Berufsausbildungsgesetz steht, dass du nur für Tätigkeiten eingesetzt werden darfst, die auch mit deiner Ausbildung zu tun haben. Wenn du also nur die Wurstsemmeln zu Mittag holen darfst und dabei nichts für deinen zukünftigen Beruf lernst, ist das gegen das Gesetz.

3. Bekommst du dein Geld rechtzeitig?

Du musst regelmäßig für deine Arbeit im Betrieb bezahlt werden, egal ob wöchentlich oder monatlich. Das gilt auch, wenn du gerade zur Berufsschule gehst, krank bist oder einen Arbeitsunfall hattest.

4. Machst du Überstunden?

Grundsätzlich sind Überstunden für Lehrlinge bis zum 19. Geburtstag verboten. Überstunden machst du dann, wenn du an einem Tag mehr als 8 Stunden oder in der Woche mehr als 40

Stunden arbeitest. Aufgepasst: Egal, ob du Überstunden machen darfst oder nicht – sie müssen entsprechend bezahlt werden!

5. Wirst du auf Urlaub geschickt, wenn es zu wenig Arbeit gibt?

Das darf nicht sein, Urlaub muss gemeinsam zwischen Lehrling und dem/der Lehrberechtigten vereinbart werden. Auch du darfst nicht allein bestimmen, wann du auf Urlaub gehen willst.

6. Hast du mindestens eine halbe Stunde Pause am Tag?

Wenn du an einem Tag länger als 4 Stunden und 30 Minuten arbeitest, steht dir mindestens eine Pause von einer halben Stunde zu. In der Pause sollst du dich erholen können und du darfst sie spätestens nach 6 Stunden Arbeit machen.

7. Gehst du während der Berufsschulzeit arbeiten?

Während der Berufsschulzeit muss dich dein Lehrberechtigter/deine Lehrberechtigte freistellen. Entfällt an einem Schultag der Unterricht teilweise oder ganz, besteht grundsätzlich Arbeitspflicht. Ist die Wegzeit zwischen Berufsschule und Betrieb aber unzumutbar lang, musst du nicht arbeiten gehen.

8. Zahlst du die Internatskosten selbst?

Internatskosten werden vom Lehrling grundsätzlich selbst bezahlt. In manchen Kollektivverträgen ist aber geregelt, dass der Lehrling nur einen Teil oder sogar gar nichts zahlen muss.

9. Gehst du manchmal krank in die Arbeit?

Wer krank ist, darf nicht zur Arbeit gezwungen werden. Du musst aber sobald wie möglich melden, dass du krank bist. Während du krankgeschrieben bist, darfst du nichts tun, das deiner Genesung im Weg steht. Zum Beispiel darfst du ins Kino gehen, wenn du dir den Arm gebrochen hast, bei einer Grippeerkrankung aber nicht.

TTIP Stoppen

Demo gegen CETA und TTIP

Am 17. September gab es zahlreiche Demonstrationen in Österreich und Deutschland gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Allein in Wien gingen 10.000 Menschen auf die Straße. Bei einem Protestmarsch vom Karlsplatz über den Ring zum Parlament machten die DemonstrantInnen lautstark klar, dass sie die Freihandelsabkommen ablehnen. Dabei sind vielen Menschen die geplanten Sonderklagerechte für Konzerne ein besonderer Dorn im Auge.



Die DemonstrantInnen sammelten sich zuerst am Karlsplatz, um 15 Uhr setzte sich der Protestmarsch in Gang.



Die Vertreterinnen und Vertreter der Plattform TTIP Stoppen führten den Protestzug an, von der PRO-GE dabei (v. l.): Reinhold Binder, Klaudia Frießen und Renate Blauensteiner, Betriebsrätin bei GM.



Mittlerweile hat sich eine breite zivilgesellschaftliche Front gegen die geplanten Freihandelsabkommen gebildet.



Die PRO-GE Jugend ließ die Träume der Konzerne platzen.



In einer Kundgebung machten zu Beginn die einzelnen TrägerInnen der Plattform TTIP Stoppen klar, warum sie gegen die geplanten Freihandelsabkommen sind.



Zu den Demonstrationen in Österreich hat die Plattform TTIP & CETA, zu der auch die PRO-GE gehört, aufgerufen.





Equal Pay Day

Anrechnung von Elternkarenzzeiten

Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist nach wie vor groß. Der Equal Pay Day, der Tag, ab dem Frauen statistisch gesehen bis Jahresende gratis arbeiten, fällt heuer auf den 12. Oktober. Ein Grund für die großen Gehaltsunterschiede sind mitunter Karenzzeiten, die nicht angerechnet werden. Deshalb fordert die PRO-GE, dass sämtliche Elternkarenzzeiten auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche angerechnet werden.

„Kinder zu haben darf kein Nachteil sein“, bringt es Klau-dia Frießen, gf. Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE, auf den Punkt. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen werden nämlich im Lauf des Arbeitslebens immer größer, besonders dann, wenn Kinder ins Spiel kommen. „Ein Grund dafür ist, dass Ansprüche, die davon abhängen, wie lange man in einem Betrieb arbeitet, bei Personen, die in Karenz gehen, natürlich erst entsprechend später schlagend werden“, erklärt Frießen.

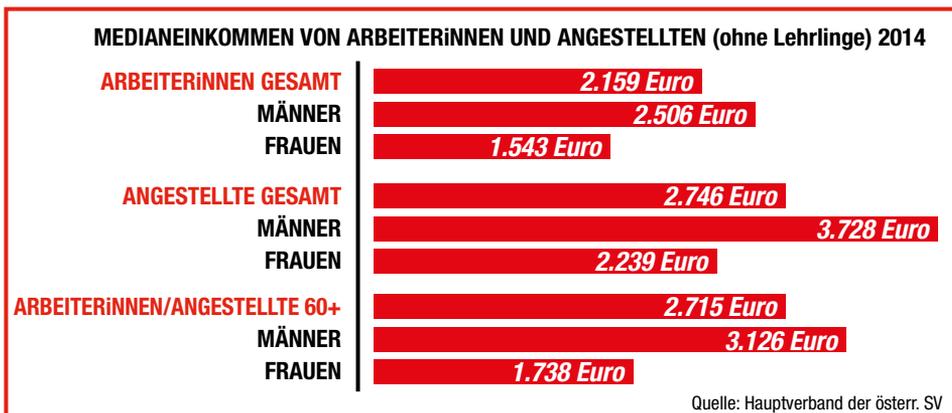
bessere Anrechnung erreichen konnten, bleibt unser Ziel, dass die volle Anrechnung von Karenzzeiten gesetzlich geregelt wird“, fordert Frießen.

1.000 Euro Unterschied. Wie groß die Einkommensunterschiede tatsächlich sind, zeigen die Medianeinkommen. Das Medianeinkommen heißt, dass die Hälfte der Menschen mehr, die andere Hälfte weniger verdient. Das Medianeinkommen von männlichen Arbeitern beträgt 2.506 Euro, das von Arbeiterinnen nur 1.543 Euro, das sind knapp 1.000 Euro Unterschied. „Kein Wunder, dass so viele

Frauen von Altersarmut betroffen sind. Dass Frauen so viel weniger verdienen, hat auch verheerende Auswirkungen in der Pension“, so die Frauenvorsitzende. Bei 60 und mehr Jahre alten Männern und Frauen ist der Unterschied im Medianeinkommen noch größer. Während es bei Männern 3.126 Euro sind, beträgt das Medianeinkommen von Frauen nur etwas mehr als die Hälfte, nämlich 1.738 Euro.

Dringender Handlungsbedarf. Die volle Anrechnung der Karenzzeiten auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche ist auch eine Forderung bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie und im Metallgewerbe. „Wenn nicht endlich mehr ernsthafte Aktionen gesetzt werden – und zwar auch in Form von konkreten Gesetzen –, müssen wir noch hundert Jahre darauf warten, dass der Equal Pay Day auf den 31. Dezember fällt“, so Frießen.

Derzeit nur zehn Monate angerechnet. Derzeit steht im Gesetz, dass höchstens zehn Monate der ersten Karenz für die Bemessung der Kündigungsfrist, für die Dauer der Entgeltfortzahlung im Krankenstand und für das Urlaubsausmaß angerechnet werden. Für andere dienstzeitabhängige Ansprüche wie z. B. Gehaltsvorrückung oder Abfertigung werden Karenzzeiten nicht mitgerechnet. „Obwohl wir in einigen Kollektivverträgen bereits eine



Quelle: Hauptverband der österr. SV

Initiative für mehr Gerechtigkeit

Nein zu Steueroasen

Noch immer ist es für Vermögende und Konzerne viel zu einfach, Steuern zu umgehen. ÖGB und Arbeiterkammer wollen die rasche Umsetzung eines Maßnahmenpakets gegen Steuervermeidung und haben deshalb eine Initiative gestartet.

LINKTIPP:

Online-Petition unter
www.nototaxhavens.eu

1.000 Milliarden Euro pro Jahr entgehen den EU-Staaten laut Berechnungen der EU-Kommission pro Jahr an Steuereinnahmen. Die Ursache: aggressive Steuervermeidungsstrategien von Großkonzernen und Reichen. Ein bekanntes Beispiel dafür, wie man effizient Steuern umgeht, ist die multinationale Kaffeehauskette Starbucks. Der Konzern soll in Österreich im Jahr 2013 nur wenig mehr als 1.300 Euro Körperschaftssteuer entrichtet haben. Und das auf legalem Weg, da man geschickt Steuerschlupflöcher ausnutzte.

Frage der Gerechtigkeit. Der Kampf gegen Steuerumgehung ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Aufgrund der Finanzkrise und der damit verbundenen höheren Defizite der EU-Mitgliedstaaten geriet der Sozialstaat zunehmend unter Druck. In Österreich diskutiert man über die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, über die Kürzung der Mindestsicherung und über Verschärfungen für Arbeitslose. Dabei wäre die Finanzierung der Sozialleistungen kein Problem, wenn man dafür sorgen würde, dass alle

gleichermaßen ihren steuerlichen Verpflichtungen nachkommen.

Die EU-Kommission hat vor Kurzem ein deutliches Zeichen gesetzt und vom Technologie-Riesen Apple, der seine europäische Konzernniederlassung in Irland hat, eine Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro verlangt. Irland hatte dem Unternehmen Steuervorteile eingeräumt, die gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstoßen. Nun muss das Land die entgangenen Steuern zurückfordern. Doch nicht nur Konzerne, auch sehr wohlhabende Privatpersonen finden immer wieder Wege, den Fiskus zu umgehen. So haben die sogenannten Panama-Papers und zuletzt die Bahamas-Papers aufgezeigt, wie einfach es ist, sein Vermögen steuerschonend anzulegen. ExpertInnen rechnen mit einem Betrag von 32.000 Milliarden US-Dollar, der in Steueroasen („Offshore-Zentren“) geparkt ist.

Zuständige PolitikerInnen in die Pflicht nehmen. Eine Initiative von ÖGB und Arbeiterkammer will nun Druck erzeugen, um den Kampf gegen Steuervermeidung auf europäischer Ebene zu beschleunigen. Die EU-Kommission hat bereits im Jahr 2015 ein Maßnahmenpaket präsentiert, nun geht es um die Umsetzung. In der Vergangenheit hat sich oftmals gezeigt, dass gute Vorschläge aufgrund der Einflussnahme von Lobbyisten bis zur Unkenntlichkeit verwässert

oder auf die lange Bank geschoben wurden. Um die zuständigen PolitikerInnen in der Regierung und im EU-Parlament in die Pflicht zu nehmen, braucht es eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung. Mit diversen Aktionen und einer Unterschriftenkampagne will man unter dem Titel „No to Tax Havens“ in den kommenden Monaten Bewusstsein schaffen und auf ein rasches Handeln drängen.



Mit 1.000 Milliarden Euro könnte man zum Beispiel ...

- 3-mal Griechenland komplett entschulden
- 40-mal mehr Geld in transeuropäische Straßen- und Bahnnetze investieren
- 90-mal soviel Geld in das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 investieren
- den Europäischen Sozialfonds um das 125-Fache aufstocken, um Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen
- 1.000 Krankenhäuser bauen
- 1.100-mal mehr in die EU-Beschäftigungsinitiative für junge Menschen investieren

Achtung Kamera



Betriebsratswahl Agrana. Mitte August wurde in der Agrana Zucker Leopoldsdorf der ArbeiterInnenbetriebsrat mit hoher Wahlbeteiligung gewählt. Das Betriebsratsteam der Liste FSG Rotter bedankt sich für das Vertrauen.



Besuch in Russland. Auf Einladung des Zentralrates der russischen Metallarbeitergewerkschaften besichtigte eine Delegation der PRO-GE Anfang September in der Stadt Lipezk das größte Stahlwerk Russlands mit 28.000 Beschäftigten.



Vorarlberger Delegation bei Bundeskanzler Kern. PRO-GE Landesvorsitzender und Grass-Betriebsrat Norbert Loacker (r.) wurde in Sachen Förderung von Lehrstellen bei Bundeskanzler Christian Kern vorgestellt. Mit dabei: Betriebsratskollege Wolfgang Fritz und Grass-Lehrlingsbeauftragter Dominik Steinwider.

Delegation in Litauen. Im Juli besuchten BetriebsrätInnen der Branche Genuss mit Branchensekretär Gerhard Riess eine Süßwarenfabrik des Mondelez-Konzerns in Kaunas. Sie tauschten sich mit KollegInnen der Branche und der litauischen Gewerkschaft LPMS aus.





Aus für Cimsec-Produktion in Ebensee

Sozialplan für Henkel-Beschäftigte

Henkel schließt das Fliesenkleber-Werk in Ebensee. 27 Beschäftigte verlieren mit Jahresende ihren Arbeitsplatz. Betriebsrat und Gewerkschaften haben einen Sozialplan mit dem Unternehmen abgeschlossen, um die Auswirkungen zu mildern.

Am 31. Mai informierten Vertreter des deutschen Henkel-Konzerns in einer überraschend einberufenen Betriebsversammlung die MitarbeiterInnen in Ebensee über die Schließung des Standorts mit Jahresende. „Ein gewaltiger Schock für die Beschäftigten“, berichtet Arbeiterbetriebratsvorsitzender Martin Hufnagl. „Die meisten haben hier schon gearbeitet, als Henkel das Werk vor zehn Jahren übernommen hat.“ Betroffen sind 16 Arbeiter und elf Angestellte sowie drei Leiharbeiter.

Kein „Verlustbringer“. Der Darstellung Henkels, wonach das kleinste Werk des Weltkonzerns Verluste einbrachte, widerspricht Hufnagl. „Wir waren immer profitabel, aber offensichtlich leider nicht profitabel genug für die Konzernleitung in Deutschland.“ Für eine Nachnutzung der Gebäude haben sich bisher keine Interessenten gemeldet und selbst die Maschinen sollen vor Ort verbleiben, berichtet Hufnagl. „Aller Voraussicht nach wird das Werk nach dem 31. Dezember genauso dastehen wie immer, nur dass eben niemand mehr hier arbeiten wird.“

Sozialpartnerschaftliche Verhandlungen. Einziger Lichtblick für die Betroffenen ist der von Betriebsrat und den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp mit dem Unternehmen ausgehandelte Sozialplan. „Die Geschäftsführung von Henkel Central and Eastern Europe in Wien hat seine Verantwortung gegenüber der Belegschaft wirklich ernst genommen“, berichtet Stefan Guggenberger, PRO-GE Se-

cretär für den Bezirk Gmunden, von den Verhandlungen. „Insbesondere Personalchef Dr. Peter Truzla, mit dem wir die Verhandlungen geführt haben, war es von Anfang an ein Anliegen, die Betriebsschließung so verträglich wie möglich zu gestalten.“

Gesamtwert 2,3 Millionen. Der Sozialplan sieht eine nach Lebens- und Dienstalter gestaffelte freiwillige Abfertigung mit Kinder- und AlleinverdienerInnenzuschlag vor. Die „Abfertigung alt“ und das Jubiläumsgeld werden aliquot für die nächste bevorstehende Abfertigungs- bzw. Jubiläumsstufe ausbezahlt. Beschäftigte in der „Abfertigung neu“ erhalten die Hälfte der in die MitarbeiterInnenvorsorgekasse einbezahlten Summe zusätzlich. Besonders entlassungs- und kündigungsgeschützte ArbeitnehmerInnen erhalten bis zu vier zusätzliche Monatsentgelte. Als „Durchhalteprämie“ bis zur Betriebsschließung werden allen Beschäftigten zwei zusätzliche Monatslöhne ausbezahlt. Darüber hinaus wird in der Arbeitsstiftung Salzkammergut eine eigene „Sektion Ebensee“ eingerichtet, die bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz unterstützen wird. Insgesamt stellt der Sozialplan einen Wert von 2,3 Millionen Euro dar.

Leiharbeiter einbezogen. Die Leistungen werden auch den Leiharbeitern im Ausmaß des erhöhten Referenzzuschlages ausbezahlt. Auch die Arbeitsstiftung steht den Leiharbeitern offen, wenn sie mit Ende der Überlassung gekündigt oder das Dienstverhältnis einvernehmlich aufgelöst wird. „Von einem Erfolg zu sprechen ist angesichts der Situation unangebracht“, bilanziert Guggenberger. „Dennoch ist der vorliegende Sozialplan ein Beispiel für eine Betriebsschließung, bei der betriebsrätliche und gewerkschaftliche Organisation eine adäquate finanzielle und soziale Abfederung möglich gemacht haben.“

Arbeiterbetriebratsrat Martin Hufnagl, Henkel-Personalchef Dr. Peter Truzla und Angestelltenbetriebratsrat Peter Brandecker



Thermentage

im Hotel Bad Hofgastein

Spezialangebot: **Bleib 4 Nächte, zahl ' 3! 4 Nächte**

Preise für PRO-GE Mitglieder

4 Nächte

Erwachsene € 207,00

Preis exkl. Kurtaxe/Ortstaxe

Angebot ab 10. Oktober 2016 buchbar!

Leistungen

- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

27. November bis 1. Dezember

4. Dezember bis 8. Dezember

Schnupperwochenende 2 Nächte

Preise für PRO-GE Mitglieder

2 Nächte

Erwachsene € 138,00

Verlängerungsnacht

bis Montag Erwachsene € 49,00

Preise exkl. Kurtaxe/Ortstaxe

Leistungen

- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

4. November bis 6. November

18. November bis 20. November

11. November bis 13. November

25. November bis 27. November

Anmeldung:

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Telefax (01) 53 444-103211,
E-Mail: urlaub@proge.at

Reservierung & Information:

Telefon (01) 53 444-69707 DW

Nähere Infos unter:

<http://www.proge-urlaub.at>

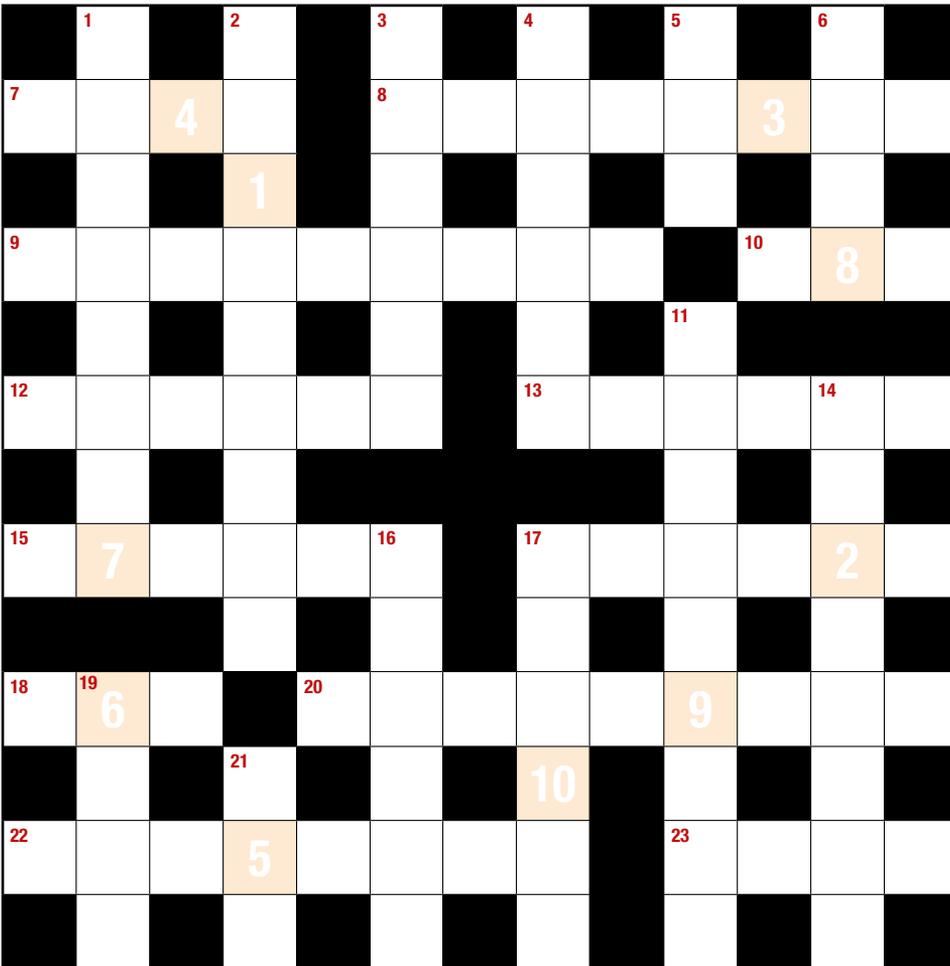


Preisrätsel

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

Zu gewinnen gibt es
3 x PRO-GE Umhängetaschen

HINWEIS: Aus den Buchstaben in den unterlegten Feldern lässt sich ein Lösungswort herstellen.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 10. November 2016 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 7 Boden-ständige Bezeichnung für unseren blauen Planeten
- 8 Was wir wirklich(!) verdienen: Eine ordentliche Erhöhung wäre gefragt
- 9 Cash, sozusagen? Nicht direkt!
- 10 Den Griechen leben-wert, ist heutzutage in aller Munde
- 12 Als regionales Zuhause bekannt, steht sie häufig vor dem -land
- 13 Aktuelle Saison für die Lohnrunde (siehe S. 4)
- 15 Abgekürzte Österreich-Prüfung? Was der Herr Doktor so ausstellt!
- 17 Damit lässt sich ein Aufheben machen: Was tun mit all den Äpfeln vom Baum?
- 18 Als malerische Tatsache stets nackt, doch findet auch im Amt man oft den –
- 20 Er fliegt(!) von einem Unglück zum nächsten
- 22 In dem Übergangsbereich haben die Weißwäsher keine ganze Arbeit geleistet
- 23 Früher – nur für Verheiratete?

Senkrecht:

- 1 Ein Wort für Mußbestunden, mit Option auf S. 9
- 2 Womit der 13 waagrecht begann: Zeit zur Forderungsübergabe (siehe S. 4)
- 3 Männlicher Beitrag zur Gartenparty: Zum Kochen zwar sonst nicht gewillt, /steht er heut' an der Glut und –
- 4 Was so kommt, wär hinterher
- 5 Unter den UNO-Organisationen ist sie für die Arbeit zuständig
- 6 Ein Servus nach Matrosenart
- 11 Die Prophezeiungen der Wirtschaftsforscher – sind laut S. 6 gerade günstig
- 14 Wer das muss, ist ein Fluss – tut er's schwach, ist er ein Bach
- 16 Wozu sich der Safe umbauen lässt, sieht man, falls ER ROST ansetzt
- 17 Womit dir der Polsterer Stützenhilfe gibt (Mz.)
- 19 Regierungsspitze, namentlich inneren Werten verpflichtet (siehe S. 11)
- 21 Gehst du ungern nur zu Fuß, empfiehlt sich: nimm den nächsten –

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: IN DEN 1970-JAHREN**

Der Gewinner der Ausgabe 3/2016 GLÜCK AUF!
Erwin Polzhofer, 8225 Pöllauberg



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

www.proge.at

BREAKING NEWS

UNSERE RECHTE IN GEFAHR

„... Alle von den Gewerkschaften verhandelten Kollektivverträge sollen ihre Gültigkeit verlieren.
Arbeitszeit-, Gehalts- und Urlaubsregelungen wären somit aufgehoben ...“

**NICHT MIT UNS – WIR VERHANDELN DEINEN KOLLEKTIVVERTRAG – WIR SICHERN DEINE RECHTE
DEINE GEWERKSCHAFT PRO-GE**



Der PRO-GE Werbespot – jetzt auf Radio Arabella, Facebook und Youtube – ab 10. November im Kino!
Schockierend ** Aufrüttelnd ** Kämpferisch